



Nr. 89.

Amts- und Anzeigblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

96. Jahrgang.

Verkaufswiese: 6 mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Seite 60 Hg. Resten Nr. 2. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 10% — Fernspr. 8.

Dienstag, 19. April 1921.

Bezugpreis: In der Stadt mit Zustellgeld Nr. 12.50 vierteljährlich. Postbezugpreis 12.00 mit Zustellgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 6 Uhr vormittags.

Der Druck der Entente in der Reparationsfrage.

Eine offizielle englische Stimme zur Reparationsfrage.

London, 19. April. In einer vom Reuterschen Bureau verbreiteten Meldung heißt es: In amtlichen britischen Kreisen ist nichts Bestimmtes bekannt über die zahlreichen Gerüchte aus Berlin betreffend eine bevorstehende Aktion Deutschlands im Hinblick auf seine Verpflichtungen am 1. Mai laut Friedensvertrag. Was die wiederholten Gerüchte über eine geplante Vermittlung anbelangt, so sind keine solchen Angebote der britischen Regierung mitgeteilt worden. Im Zusammenhang damit wird darauf hingewiesen, daß, wenn Deutschland ein vernünftiges (!) Angebot vorhat, keine Notwendigkeit zu einer Vermittlung besteht. In jedem Fall wird nachdrücklich hervorgehoben, daß nach Ansicht der britischen Regierung diese Frage unmittelbar zwischen Deutschland und den Alliierten erörtert werden muß und daß erwartet wird, daß Deutschland den ersten Schritt tut. Es sei ganz klar, heißt es in der Reutersmitteilung weiter, daß den Deutschen die Aufgabe zufalle, vor dem 1. Mai den Alliierten vernünftige (!) Vorschläge darüber zu unterbreiten, wie sie ihrer Verpflichtung nachkommen wollten. Bisher sei noch keinerlei Plan für eine neue Konferenz der Alliierten gefaßt worden, aber ob Deutschland neue Vorschläge mache oder nicht, eine Verammlung der Alliierten werde sobald wie möglich nach dem 1. Mai notwendig sein, deren Ort und Zeitpunkt noch festgesetzt werden müsse. London habe keinerlei Mitteilung über die gemeintete Absicht der Vereinigten Staaten, sich wieder in der Reparationskommission vertreten zu lassen, erhalten. Man müsse sich vergegenwärtigen, daß die Vereinigten Staaten sich vollkommen freiwillig zurückgezogen hätten und daß das jetzige Gerücht sich wahrscheinlich auf die Tatsache beziehe, daß der amerikanische Vertreter der bei dem Ausscheiden der letzten Regierung aus dem Amt abgereist sei, jetzt durch einen Vertreter der amerikanischen Regierung ersetzt werden solle.

Lloyd George über die Reparationen.

London, 18. April. (Reuter.) Lloyd George sagte im Unterhaus, Deutschland sei noch im Verzug bezüglich der Reparationen, des Verfahrens gegen die Kriegsschuldigen und der Entwaffnung. Es habe bisher keine Neigung (?) gezeigt, praktische Vorschläge zur Ausführung des Friedensvertrags in diesen Punkten vorzulegen. Es sei daher gebieterische Pflicht der Alliierten, über weitere Schritte eine Konferenz zu veranstalten. Es könnte sich als notwendig erweisen, die Unterwerfung unter die Bestimmungen des Friedensvertrags zu erzwingen. Der Premierminister fügte hinzu, er könne nicht sagen, wann und wo eine solche Konferenz stattfinden werde. Die Regierung würde auf Grund der Annahme vorgehen, daß das britische Volk wünsche, den Vertrag von Versailles durchgeführt zu sehen. Falls das Unterhaus von einer anderen Anschauung ausgehe, so könne, wenn es dies wünsche, jederzeit eine Diskussion stattfinden. — Es handelt sich um ausgesprochene Schikane zum Zwecke von Erpressungen.

Der englische Handel gegen das Reparationsgesetz.

London, 18. April. „Daily News“ berichten, das Reparationsgesetz mit seiner 50proz. Einfuhrabgabe füge dem englischen Handel einen so ernsten Schaden zu, daß die Forderung der englischen Handelswelt nach Aufhebung des Gesetzes oder einer Abänderung seiner Durchführung jeden Tag wachse.

Die französischen Forderungen für den Wiederaufbau.

Paris, 19. April. In der gestrigen Kammer Sitzung wurde die Beratung des Budgets der Ausgaben für 1921 fortgesetzt, die von Deutschland nach dem Friedensvertrag von Versailles zurückerstattet werden müssen. Der Berichterstatter Dubigny gab ein ziemlich vollständiges Bild über das, was in den befreiten Gebieten geschehen ist. In erster Linie beschäftigte er sich mit der Feststellung des Schadens und mit der Tätigkeit des Credit National, der den Geschädigten Vorschüsse leistet. Die durch die Departements, die Kommunen und die Privatpersonen angemeldeten Schäden beliefen sich, auf den Wert von 1914 (!) berechnet, auf 34 665 000 000 Francs. Hierzu müsse man für Beschädigung der Staatsdomänen und der Eisenbahn noch ungefähr eine Milliarde Francs hinzufügen. Dabei müsse man bedenken, daß zahlreiche Schadenanmeldungen noch ausstehen und daß diese daher dem wahren Wert nicht entsprechen. Die genaue Differenz könne man erst dann erfahren, wenn die kantonalen Kommissare und die Kriegsschädengerichte ihre Arbeiten vollendet hätten. Trotzdem glaube er, daß der Betrag der Schäden nach dem Wert von 1914 nicht geringer sei als 30 Milliarden. Bis jetzt habe man

20 964 000 000 Francs ausgegeben und dabei seien die Ausgaben für den Staats... 4 bis 5 Milliarden augenblicklichen Wert nicht eingerechnet. 9 Milliarden aus dem genannten Betrage seien in Waren und Geld ausgezahlt worden. Die Wiederherstellung habe ungefähr fünfmal soviel gekostet als der Preis von 1914 ausmache. Es seien also noch 26 Milliarden zu reparieren, die bei einem Koeffizienten von 4:104 Milliarden ausmachten. Da man annehmen könne, daß 10 bis 15 Jahre für den Wiederaufbau notwendig seien, könne mit einer Verringerung des Koeffizienten gerechnet werden. Der Berichterstatter würde einen Koeffizienten von 3/4 für gerecht halten. Man käme also dann auf etwa 80 Milliarden. Diese Summe müsse als Maximum gelten. — In der Debatte wandte sich Abg. Crespel wiederum gegen die Verwendung deutscher Arbeiter aus wirtschaftlichen und moralischen Gründen. Er will höchstens die Verwendung deutschen Materials zulassen. — Die Debatte wird dann nach Bemerkungen des sozialistischen Abg. Basly, Bürgermeisters von Lens, auf heute Dienstag vertagt.

Anforderung der deutschen Goldbestände durch die Entente?

Berlin, 18. April. Wie wir erfahren, ist von der Reparationskommission an den Vorsitzenden der deutschen Kriegskostenkommission die Aufforderung gerichtet worden, die Goldbestände der Reichsbank und der übrigen deutschen Notenbanken bis zum 1. Mai nach Plätzen im besetzten Gebiet, etwa Köln oder Koblenz, überzuführen. Diese Maßnahme soll eine Sicherheit für die deutschen Leistungen auch nach dem 1. Mai sein. Die deutsche Regierung soll sich verpflichten, daß ohne Zustimmung der Reparationskommission über dieses Gold zur Befriedigung anderer Gläubiger nicht verfügt wird. — Eine schriftliche Übermittlung dieser Aufforderung steht noch aus. Jedenfalls darf schon jetzt kein Zweifel darüber gelassen werden, daß hier eine Forderung vorliegt, der von deutscher Seite unter keinen Umständen entsprochen werden kann.

Die Beratung über die vorzunehmenden Gewaltmaßnahmen.

Paris, 18. April. Wie Havas mitteilt, sind die militärischen und wirtschaftlichen Sachverständigen heute zusammengetreten, um weiterhin die Maßnahmen zu prüfen, die für den Fall ins Auge zu fassen sind, daß Deutschland gegenüber Zwangsmaßnahmen angewendet werden. Es ist wahrscheinlich, daß noch weitere Sitzungen folgen werden, um den Gesamtplan der Zwangsmaßnahmen endgültig fertigzustellen. Dieser wird militärischer und wirtschaftlicher Natur sein. Bevor er Deutschland gegenüber zur Anwendung kommen wird, soll er den übrigen Verbandsregierungen vorgelegt werden. Man will ihn daher in allen Einzelheiten zuvor genau ausgearbeitet haben.

London, 18. April. „Daily Telegraph“ meldet, daß zwischen Frankreich und seinen Alliierten einen Gedankenaustausch über die Frage weiterer Zwangsmaßnahmen im Gange sei.

Paris, 19. April. Die Agence Havas dementiert die Nachricht, die Gendarmerie in Lille habe bereits die Einberufungsbefehle für das 1. Armeekorps bezüglich der Jahrestklasse 1918 und 1919 erhalten. Es sei weder für den ersten noch für einen anderen Bezirk ein Einberufungsbefehl ergangen. — Wenn die Nachricht auch zutreffend wäre, so würde sie doch dementiert werden.

Deutscher Protest gegen die Zollgrenze für das Rheinland.

Berlin, 18. April. Die deutsche Friedensdelegation in Paris hat der Vorkonferenz aus Anlaß der Errichtung eines besonderen Zollregimes für die Rheinlande eine Note übergeben, in der sie gegen dieses Steuerregime erneut Protest erhebt. Die Ordnonanz der Rheinlandskommission, durch die das Zollregime eingeführt worden sei, stelle nach Form und Inhalt eine neue flagranteste Verletzung des Vertrags von Versailles und des Abkommens über die militärische Besetzung der rheinischen Gebiete dar. Für den Erlaß der Verordnung könne sich die Rheinlandskommission weder auf den Friedensvertrag, noch auf das Rheinlandsabkommen, noch sonst auf völkerrechtliche Verträge stützen. Die Rheinlandskommission sei durch das Abkommen über die militärische Besetzung der rheinischen Gebiete als das oberste Organ der Besetzung beteiligten Mächte für die vertragsmäßige Durchführung dieser Gesetze bestellt worden. Die deutsche Regierung müsse daher die Regierungen der Besetzungsmächte verantwortlich machen für die von ihrem Vollzugsorgan vollführten Vertragsverletzungen und legt gegen die vorstehend gekennzeichneten Maßnahmen der Rheinlandskommission feierliche Verwahrung ein. Gleichlautende Noten hat die deutsche Regierung den Regierungen in London, Paris, Brüssel und Rom zugehen lassen.

Die Reparationsvorschläge des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes.

Berlin, 19. April. „Vorwärts“ und „Freiheit“ veröffentlichen die Vorschläge über die Reparationsfrage, die der Allgemeine Gewerkschaftsbund der Reichsregierung unterbreitet hat. Es werden darin neue Anerbieten über den Wiederaufbau Frankreichs geordert, die der französischen Regierung sofort zu machen seien. Mittels einer großen internationalen Anleihe soll die Finanzsalamität Frankreichs und Belgiens gemildert werden. In Ausführung der Beschlüsse der internationalen Gewerkschaftskonferenz in Amsterdam soll ein internationales Reparationsinstitut gebildet werden, dem das Studium der technischen Organisation und die allgemeine und finanzielle Verwaltung der Wiederaufbauarbeiten zu übertragen ist. Der eigentliche Wiederaufbau soll unter Beteiligung deutscher Arbeitskräfte geschehen.

Zur auswärtigen Lage.

Die dauernde Bedrohung durch Polen.

Berlin, 18. April. Von unterrichteter Seite wird dem W. T. B. geschrieben: Seit Beginn dieses Jahres hat Polen noch die Jahrgänge 96, 97, 98, 99 und 00 unter den Fahnen. Von diesen fünf Jahrgängen sollten fristlos anfangs April entlassen werden sämtliche Infanteristen der Jahrgänge 96, 97 und 98, die am 21. März länger als zwei Jahre dienten. Nach inzwischen ergangener Weisung des polnischen Kriegsministeriums soll dieser Befehl auf die Bezirke Posen und Krakau neuerdings keine Anwendung finden. Demnach werden die gegenüber Schlesien bereitgestellten polnischen Truppen nicht geschwächt. Sie sind sogar gegenüber dem Stande von Mitte März wesentlich verstärkt worden dadurch, daß der zwei Tage vor der Abstimmung in Oberschlesien zu einer vierzehntägigen Übung eingezogene Jahrgang 01 noch nicht wieder entlassen worden ist. Die bisher an der polnischen Ostfront verwandte 9. Kavalleriebrigade ist seit Anfang April im Raume Warschau-Łódź untergebracht. Polen befindet sich seit der Ratifikation des Versailler Vertrags mit Deutschland im Friedenszustand. Mit Rußland hat es am 18. März 1921 Frieden geschlossen. Gegen wen unterhält Polen diese starke Truppenmacht?

Französische Beschuldigungen gegen Bayern.

Berlin, 19. April. Wie das „Berliner Tageblatt“ aus Wien meldet, verlautet dort aus gutunterrichteter Quelle, daß die französische Regierung an die bayerische Regierung eine Note gerichtet habe, in der Frankreich gegen angebliche bayerische Umtriebe in Tirol protestiert. Bayern sei nach der Note für die Anschließ-Volksabstimmung in Tirol verantwortlich und habe dadurch den Friedensvertrag von Versailles verletzt. Die französische Regierung behaupte, im Besitze eines umfassenden Beweismaterials für das Vorgehen Bayerns zu sein. — Wenn deutsche Volksgenossen nach der Vereinigung mit dem Reiche streben, so beruht das nach französischer Auffassung immer auf Umtrieben.

Die Ausführung des englisch-russischen Handelsvertrags.

Reval, 18. April. In Ausführung des Handelsvertrags zwischen England und Rußland ist von der Sowjetregierung durch Dekret vom 11. ds. Mts. an die inneren Ressorts eine Anweisung ergangen, in der u. a. bestimmt wird: Der freie Schiffsverkehr ist vorzubereiten. Das persönliche Vermögen britischer Agenten ist zu sichern. Zwangsentziehung von Einfuhrwaren aus England ist unzulässig. Die Rechte der britischen Handelsschiffe und britischen Bürger in den Häfen und während des Aufenthalts in Sowjetrußland werden geschützt. Ausfuhrverbote von Waren nach England sind aufzuheben. Die Seehäfen sind bereitzustellen, ebenso Lageräume, Transportmittel und Tonnage. Die Sortierung und Sammlung von Rohmaterialien und Exportwaren für England ist einzuleiten. Die Einfuhr von Gegenständen persönlichen Gebrauchs ist den einreisenden britischen Bürgern erlaubt. Der Post- und Telegraphenverkehr ist zu regeln.

Amerikanische Auffassung über die Wirtschaftsverhältnisse in Rußland.

London, 18. April. Aus Washington wird vom 17. ds. Mts. gemeldet, daß in der Erwiderung auf die Anfrage Compers bezüglich der augenblicklichen kommerziellen Verhältnisse in Rußland Staatssekretär Hughes weiter ausführte, Rußland sei nicht nur infolge des Krieges gegen Deutschland, sondern auch infolge des dreijährigen Bürgerkrieges ein gewaltiges Vakuum geworden. Es sei ihm unmöglich, Beweise dafür zu bieten, daß unter diesen Verhältnissen irgend welche Ausichten auf eine Erleichterung unter dem augenblicklichen politischen und

0. April 1921
 iteln
 und
 anen
 hingen.
 beiten
 empfohlen.
 h.
 olso,
 gerippten
 leiderstoff,
 instanell,
 eugle,
 ind,
 r,
 l,
 chmid.
 en.
 ilichen Handels ver
 ags 1 We
 2 wüchsig
 Wölfe
 Telefon Nr. 2
 ristenz!
 r und Arbeitsloze
 srecht über unse
 nts bezich ab Sab
 derlich.
 tlingen a. N.

Bekanntmachung.
Die spärl. Abholung d. Borddrucke zu den Lohn- u. Gehaltszetteln

veranlaßt uns, auf die vom Finanzamt Hirsau im Calwer Tagblatt vom 9. ds. Mts. erlassene öffentl. Aufforderung hinzuweisen. Es ist für jeden Lohn- und Gehaltsempfänger (Arbeiter, Bediensteten, Angestellten, Dienstboten usw.) und ohne Rücksicht darauf ob für ihn Steuermarken gelehrt werden oder nicht ein Borddruck auszufüllen. Zusendung von amtswegen erfolgt hier nicht. Wer die Abgabe der Lohn- und Gehaltszettel bis spätestens 30 April ds. J. un. erläßt, hat nach § 377 der Reichsabgabenordnung eine Ordnungsstrafe von 5-500 Mk. durch das Finanzamt zu gewärtigen.

Calw, den 18. April 1921.
 Gemeindebehörde f. d. Einkommensteuer: Schlaich.

Stadtgemeinde Calw.
Bekanntmachung betr. Gehwegbenützung.

Die Gehwege sind für den Fußgängerverkehr bestimmt. Radfahren und das Befahren der Gehwege mit Handwagen ist verboten und strafbar.

Calw, den 18. April 1921.
 Stadtschultheißenamt: G ö h n e r.

Wels, den 15. April 1921.
Todes-Anzeige.

+

Wiel A früh bist Du geschieden, geliebtes Weib, mein einzig Du.
 Am 13. April ds. J. starb in Wels (Oberösterreich) fern von der Heimat, meine liebe gute Frau, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Maria Finkbeiner
 geb. Weimert

nach langem, qualvollen Leiden, gestärkt durch den öfteren Empfang des heiligen Abendmahles, heilig im Herrn im Alter von 38 Jahren.

Der tiefbetrübte Gatte
Christian Finkbeiner sowie Mutter und Geschwister.

Calw, den 19. April 1921.
Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme, welche wir während der Krankheit und bei dem Tode meiner lieben treubeforgten Frau, unserer guten Mutter, Großmutter, Schwiegermutter, und Tante

Elisabeth Schulz **+**
 geb. Ganzhorn

erfahren durften, für die trostreichen Worte des Herrn Stadtpfarrers, für die vielen Blumenpenden, die zahlreiche Begleitung von Nah und Fern zu ihrer letzten Ruhestätte, sowie den Herren Ehrenträgern sagen wir unsern innigsten Dank.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
 der Gatte: **Joseph Schulz.**

Hemdenflanelle von 12 Mark an,
Sephir zu Hemden und Blusen von 14 Mark an,

empfiehlt

Georg Molz, Calw, Lederstraße, Haus Hauber.

Alfred Pfeiffer, Calw Frisch eingetroffen:
Baumaterialien-Handlung (Tel. 97)

Liebe Tochter, - ich Dir rate:
 Nur mit Sinner koch, back u. brate!



Sinner
 Backpulver • Puddingpulver • Speisen-Würze

Spar- u. Consumverein Calw und Umgegend e. G. m. b. H.
Rohlen-Bestellungen.

Unsere Mitglieder wollen ihren Bedarf in Kohlen, Briquets usw. in unseren Verkaufsstellen baldigst angeben, wozu die dabei selbst erhältliche Bestellkarte genau auszufüllen ist. Anzahlung wird nicht verlangt.

Das bei uns bestellte Quantum muß mit der auf der Kohlenmeldekarte der Bezirkskohlenstelle angegebenen Menge übereinstimmen.

Calw, den 18. April 1921. Der Vorstand.

Pfannkuch & Co.
 Herberst billige Futtermittel

Mais (ganz)	100 Pfund	140.—
Mais (gerissen)	100 Pfund	160.—
1a Maismehl (gelb)	100 Pfund	160.—
Maisfuttermehl	100 Pfund	130.—

empfehlen

Pfannkuch & Co.
 Telefon 45.

Rasch berichtet das „Calwer Tagblatt“ über alle wissenswerten Vorkommnisse!

Im Weißst. (Festonieren und Lochstickerei)
 empfiehlt sich Frau Gertrud Rüdiger, Altbürgerstraße.
 3 tüchtige Knechte zum Stammholz fahren gesucht bei freier Unterkunft und Beköstigung zum Wochenlohn von 250 Mk. bei dauernder Stellung. Es sind bei mir schon Schwarzwälder tätig.
 E. Pfleger, Sägewerk, Sulzbach Saar.

Dienstboten-Gesuche haben in unserem Blatte (da ja der grösste Teil der Auflage Verbreitung auf d. Lande findet) gewünschten Erfolg!

Wasserglas empfiehlt R. Hauber.

Heu und Dehmd hat zu verkaufen G. Eisenhardt, Lederstraße 158.
 Hirsau.

9 Gänseküchen verkauft Eugen Beerl.

Im Auftrag sofort zu verkaufen: ein in der Nähe Calw befindliches **Wohnhaus** 3 Stockwerke, in tadellosem Zustande (bereits neu). Interessenten die 80000 Mk. anzahlen können wollen sich sofort an den Beauftragten wenden. Rückporto erbet.

J. Prof., Bad Teinach.

Wer hat in Liebengell oder Calw eine **Wirtschaft** zu verkaufen gegen Barzahlung. Angebote an **J. Prof., Bad Teinach.**

Suchen Sie ein Anwesen zu kaufen od. zu verkaufen so wenden Sie sich an **J. Prof., Bad Teinach.** NB. Zahlungsfähig Käufer sind stets vorgemerkt.

Zu verkaufen weil zu klein:
Damenstiefel Nr. 38
Weisse Stoff-Halbschuhe Nr. 37
Damenhalbschuhe Nr. 41
Kinderstiefel Nr. 25
 Frau Sauter, Altbürgerstr. Hirsau.

Junge Gänse verkauft Karl Klemm, Torhäuschen.

Italiener-Hühner verkauft oder vertauscht gegen schweren Schlag. **Otto Liebloff, Bad Liebengell, Alzenberg.**
 Eine junge, mit dem 3. Kalb 36 Wochen trüchtige **Muz- und Fahr-Ruh** verkauft Jakob Lürcher.

Josef Haselbacher
 Studien-Assessor
Martha Haselbacher,
 geb. Rupp
 Vermählte
 Calw, April 1921.

Freie Schuhmacherinnung Calw und Umgegend.
 Im Auftrag der Zentralstelle für Gewerbe und Handel wird hier wieder ein **Fach-Kurs für Schuhmacher im Musterschneiden und Schäftemachen** gegeben. Dauer 2 Wochen. Weitere Teilnehmer wollen sich bis spätestens 25. ds. Mts. anmelden bei **Fritz Schuler, Obermeister.**

Empfehle mich bestens zur Anfertigung von **kupf. Kochgeschirr, Wasserschiffen, Waschkessel, Brennerreien** jeder Art, feste und bewegliche **kupf. Kühlschlangen** für Maisbrenner, sowie zum Verzinnen von **Kochgeschirr** für Anstalten, Hotels u. Private.
 Reparaturen prompt und billig.
Erich Schwarz, Calw, Kupferschmied, Meizberg 322.

Aderverkalkung Herzbeschwerden, Schwindelanfälle, Verl. Sie Gratisbrosch. über San. Rat Dr. Weise's glückl. Harkuren Dr. Gebhard & Cie., Berlin W35, Potsdamerstr. 104

Bruchleiden
 Brüche sind heilbar ohne Operation, ohne Schmerzhafte Einfrigung, vollständig ohne Berufsänderung. In Behandlung kommen: Leisten-, Schenkel-, Hoden-, Nieren- und Bauchbrüche. Unter spezieller Leitung eines Spezial-Ärztens.
 Wer an der Sprechstunde in Calw teilnehmen will, teile mir dies bis zum Donnerstag, 21. April, mit. Es erfolgt sofort die Mitteilung, wo und wann die Sprechstunde in Calw abgehalten wird. Briefliche Behandlung ausgeschlossen. Besondere Reisekosten werden nicht berechnet. Anmeldungen sind zu richten an Dr. med. H. C. Wiener, Spezialarzt für Bruchleiden, Hamburg, Schwanenburgerstraße 4.

Zeugnis - Auszüge:
 Hierdurch bestätige ich, daß mein Bruchleiden durch die Methode des Herrn Dr. med. W. Arzt, nach kurzer Zeit ohne Operation vollständig geheilt ist. Während der Kur hatte ich weder Schmerzen noch sonstige Störungen in meinem Beruf.
 W. M., Landmann.
 Die schnelle Heilung meines Bruches, die ohne Schmerzen, ohne Operation und ohne irgendwelche Berufsänderung erfolgt ist, verdanke ich der Methode des Herrn Dr. med. W. Arzt, was ich hiermit gern bestätige.
 Wobbenbill Huhum.
 Gena G. H.
 Teile Ihnen mit, daß ich die von Ihnen verordnete Kur etwa 12 Wochen lang durchgemacht habe und ich bestätige Ihnen, daß ich weder Berufsänderung noch sonstige Beschwerden dadurch erlitten habe. Seit 6 Wochen ist mir kein Band mehr und bis jetzt werde ich durch nichts mehr an das Vorhandensein eines Bruches erinnert.
 S. Holstein.
 R. D., Hofbesitzer.
 Originale der Zeugnisse sind in der Sprechst. einzusehen.

!! Sommerproffen!! verschwinden!
 Auf welche einfache Weise teilt Leidensgenossen und entgeltlich mit **Frau Elisabeth Frucht, Hannover E. 425, Schließl. 238**

Portland-Zement
Leonberger Baugips
Rohrmatten

Schwemmsteine
 Größe 10-12-25
 " 12-14-25
 " 14-16-25

Zement-Röhren
Steinzeug-Röhren
Spülbank-Garnituren.

Nr. 90.
 Erlaubnisbescheinigung
 Nr. 2. —

Vor
 Es war von Anfang an die Entente Staaten in die unganze Summe festgenemals als Gegenstand als Schuldsomme an Italien und Italien, die natürlich von einer Verjährung gehalten hatten, sich zu Aufrechterhaltung von unermachtet werden mußte unseiner Auffassung, daß von seinen „Wohltuher“ von der auswärtigen Verlierten ungenügend, so man einmal sich das mit weil man andererseits einanderesetzungen könnte zu einem Befreiungsver

Nachdem die französische eines katholischen Schiffebruch erlitten schlossen, die überaus zunehmende Zugkraft die deutsche Volkswirtschaften sich ansahen, mußten Deutschen in dem dematische Druck auf ihrer Beziehung gerade der deutschen Volk England den unheimlichen Weise den deutschen Lage ist.

Aber alle diese Wor gegenüber Deutschland wenn nicht die dauernde Befürchtungen der Alliierte in der Presse ist schen, als seien die einem gewissen politisch gründet dieses Scheinlichen Handelsvertrags „Pazifizierung“ des Dtrag natürlich ein Fehervweit der Orient ruhämpfen und der Hal den Fortschritt der Fähigkeit des griechischen Königs wollen die bestämpfenden Alliierten vertrags beantworteten Smyrna den Türken von neuen bolschewistisdvolsch-rumänischen Grichtig sind, können wir besteht darüber kein Zungen Heberhaft fortgewaffene Deutschland in annähernd eine Milli vom 16. bis 19. Jahr hat sein Heer auf 650 leicht ein 60000 Mann dieselbe Erscheinung, unhaft zur See. — Waru

Seit der Niederwerwirtschaftliche, technische rillas zurückzuführen ist gegen Japan geführt, n nun für gekommen erader Vorbererschaft in wird die gesamte amer Wir haben schon vor d daß wir von derselben von Wilsons Wiederwa stützt unsere Auffassun feldes mit Deutschland Völkerverbund sind rein auf die Deutschamerikan aber das jetzige vurt